

Weilepp, Manfred

Article — Digitized Version

Unzureichender Subventionsabbau

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weilepp, Manfred (1989) : Unzureichender Subventionsabbau, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 9, pp. 424-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136552>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der von der Bundesregierung kürzlich verabschiedete 12. Subventionsbericht stempelt die seit Jahren ständig wiederholten Beteuerungen der verantwortlichen Politiker, die Subventionen vermindern zu wollen, zu Lippenbekenntnissen. Betrogen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen aus dem Bundeshaushalt nach der Definition der Subventionsberichterstattung der Bundesregierung 1987 noch 28,3 Mrd. DM, so werden sie in diesem Jahr 31,4 Mrd. DM erreichen – eine Zuwachsrate von 11% innerhalb von zwei Jahren.

Besonders deutlich wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wenn man die im 11. Subventionsbericht von 1987 angegebenen Zielwerte für den Abbau der Finanzhilfen des Bundes zum Vergleich heranzieht. Danach sollten 1989 noch 13,7 und 1990 nur noch 12,9 Mrd. DM an Finanzhilfen gezahlt werden. Nach den neuesten Angaben werden es jedoch 14,5 bzw. 14,2 Mrd. DM sein. Berücksichtigt man ferner, daß die Bundesregierung, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, das Wohngeld, das sich in den letzten Jahren jeweils auf rund 2,1 Mrd. DM belief, jetzt nicht mehr zu den Subventionen zählt, so übertrifft der Wert der nach der neuesten Planung 1990 zu zahlenden Finanzhilfen den Zielwert von 1987 um 3,4 Mrd. DM.

Angesichts dieser Zahlen sollte es in der Regierung eigentlich niemanden verwundern, wenn die Öffentlichkeit auch der bis 1993 angekündigten Rückführung der Finanzhilfen auf 11,5 Mrd. DM mit größter Skepsis gegenübersteht. Sie wird noch verstärkt, wenn die Neuordnung der Airbus-Aktivitäten als gelungenes Beispiel für einen gezielten Subventionsabbau angeführt wird. Es erscheint angesichts der Übernahme der Alllasten und der Unsicherheiten, die sich für den



Manfred Weilepp

Unzureichender Subventionsabbau

Bundeshaushalt aus den beim Bund verbleibenden Wechselkursrisiken ergeben, zumindest für die nächsten zehn Jahre fraglich, ob sich eine wesentliche Verminderung der Subventionslast für den zivilen Flugzeugbau ergibt.

Positiver fällt dagegen auf den ersten Blick die Beurteilung des Abbaus von Steuervergünstigungen aus. Diese sollen als Folge des Inkrafttretens der dritten Stufe der Steuerreform schon 1990 um 1,9 Mrd. DM oder 8,9% zurückgehen. Es ist zu erwarten, daß sich der Rückgang der Steuervergünstigungen in den Jahren nach 1990 noch deutlicher bemerkbar macht, da die Maßnahmen erst dann voll kassenwirksam werden.

In einem ungünstigeren Licht erscheint die Subventionspolitik, wenn man berücksichtigt, daß die in den Subventionsberichten verwendete Abgrenzung der Subventionen ihr wahres Ausmaß nur unzureichend wiedergibt. So werden z.B. nur die Hilfen des Bundes erfaßt. Es wird zwar immer wieder betont, daß genau das die Aufgabe des Subventionsberichtes sei; da aber die dort verwendeten Zahlen in der Regel Grundlage der Subventionsdiskus-

sion sind, entsteht so eine falsche Optik. In einer umfassenden Subventionsberichterstattung sollten auch die Subventionen der anderen Gebietskörperschaften, die bisher nur in einer Schätzung erfaßt werden, sowie der verschiedenen Fonds der EG einbezogen werden.

Zudem ist noch zu beachten, daß bestimmte Institutionen des Bundes gar nicht, wie z.B. die Bundesanstalt für Arbeit und der Ausgleichsfonds für die Sicherung des Steinkohlenabsatzes, oder nur nachrichtlich, wie z.B. das ERP-Sondervermögen, als Subventionsgeber erfaßt werden. Ebenfalls nicht erfaßt werden auf der Empfängerseite die dem Staat gehörenden Unternehmen wie z.B. die Bundesbahn und die Bundespost. Auch der gesamte Bereich der marktfernen Forschungsförderung für Unternehmen wird vom Bund nicht den Subventionen zugerechnet.

Eine Abgrenzung der Subventionen, die einen umfassenderen Überblick über die in der Bundesrepublik von allen staatlichen Ebenen dem Unternehmenssektor gewährten finanziellen Hilfen gibt, haben die an der Strukturberichterstattung beteiligten Forschungsinstitute erarbeitet. Danach wurden bereits 1985 118,1 Mrd. DM an Subventionen gewährt. Vom DIW wurden inzwischen für 1988 die Subventionszahlungen auf 133,2 Mrd. DM geschätzt.

Angesichts dieser Größenordnungen, die auf einen großen Spielraum für einen weiteren Subventionsabbau hindeuten, wirken die bisher ergriffenen Maßnahmen eher bescheiden. Der Subventionsabbau bleibt demnach weiterhin eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Reform der Unternehmensbesteuerung, deren Finanzierung noch gesichert werden muß.